

grund des in keiner Weise ausreichenden Neubaus an Sozialwohnungen, zwei Entwicklungen, aufgrund derer „die Zahl preiswerter Wohnungen in allen Städten abgenommen hat“ (S. 33).

Max Henninger

Henrik Lebuhn, Stadt in Bewegung. Mikrokonflikte um den öffentlichen Raum in Berlin und Los Angeles, Westfälisches Dampfboot: Münster 2008. 284 Seiten. 27,90 €

Lebuhn stellt zwei recht profilierte Projekte aktueller urbaner sozialer Bewegungen in den Vordergrund seiner Analyse: den Kampf gegen die Räumung der South Central Gardens in Los Angeles sowie den für die Durchsetzung eines sozialen Zentrums in Berlin. Beide Kämpfe endeten mit Niederlagen: Die South Central Gardens wurden 2006 zugunsten eines privaten Investors zerstört und das Soziale Zentrum konnte trotz einiger kurzfristiger Hausbesetzungen nicht durchgesetzt werden. ‚Erfolgreich‘ waren die Kämpfe nur insofern, als sie wie in einem Brennglas die Widersprüche und Grenzen aufzeigten, die antagonistische Politikformen und Ziele in der ‚unternehmerischen Stadt‘ in den je konkreten Einzelfällen prägten.

Die Initiative für ein Soziales Zentrum in Berlin entstand in Anschluss an die Proteste gegen den G 8-Gipfel von 2001 in Genua. Lebuhn schildert die Initiative als eine Melange aus ‚globalisierungskritischen‘, ‚postautonomen‘ Gruppen sowie als Resultat der Erfahrungen mit den ‚Freiraum‘-Bewegungen, die sich im West-Berlin der 1970er und 1980er Jahren wellenförmig entfaltet hatten; auch die Hausbesetzungen der frühen 1990er Jahre, die vor allem im Ostteil der Stadt kurzfristig bedeutend wurden, spielten eine Rolle (S. 89 f.). Die Initiative wurde durch die Erfahrungen des Europäischen Sozialforums in Florenz nach 2002 weiter in dem Anliegen bestärkt, die lokalen Gruppen, die an die damals noch im Aufbruch befindliche ‚Bewegung der Bewegungen‘ anschlossen, im

doppelten Sinne zusammenzuführen: sowohl in Bezug auf die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache und Grammatik des Protes­tes als auch in konkret räumlicher Hinsicht. Die Initiative für ein Soziales Zentrum, die aus einem phasenweise recht breiten Spektrum außerparlamentarischer und linksradikaler Gruppen bestand, versuchte dieses Ziel vor allem durch – aufgrund der repressiven Berliner Politik meist recht kurzfristige – Besetzungen leerstehender Objekte zu erreichen; am Anfang stand die kurze Besetzung eines Gebäudes der Dienstleistungsgewerkschafts ver.di im Jahr 2001. Im Oktober 2003 wurde dann eine unbenutzte ehemalige Kindertagesstätte in der Glogauer Straße im Berliner Stadtteil Kreuzberg besetzt; schließlich nutzte die Initiative eine im April 2004 stattfindende Demonstration gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung (so genannte Hartz IV-Gesetze) zur Besetzung eines leerstehenden Gebäudes auf dem Gelände der in der östlichen Innenstadt gelegenen Humboldt Universität. Alle drei Besetzungen wurden, entsprechend der seit Anfang der 1980er Jahre geltenden ‚Berliner Linie‘, innerhalb kurzer Zeit von der Polizei beendet. Während es der Initiative für ein Soziales Zentrum nie gelang, einen offenen Raum beständig zu nutzen, war dieser im Fall der South Central Gardens bereits vorhanden.

Als Reaktion auf die so genannten Rodney-King-Riots, einem vehementen Aufstand der Bevölkerung des Stadtteiles South Gate im Jahr 1992, wurde einer Nichtregierungsorganisation die Verwaltung einer etwa neun Fußballfelder großen Fläche überlassen, um sie an lokale Familien zu verpachten und damit die Situation in South Gate aus Sicht der vorherrschenden Stadtpolitik zu befrieden. Die große Gartenanlage entwickelte sich zu einem in der Stadtöffentlichkeit zunächst wenig beachteten Ort, an dem etwa 1.000 Menschen, vorwiegend MigrantInnen lateinamerikanischer Herkunft, Obst und Gemüse anbauten: Die South Central Farmer konnten über die Bewirtschaftung der Industriebrache ein Drittel ihres Lebensmittelbedarfs abdecken. 2003 klagte der frühere Besitzer des Geländes – ein Investor, der dort angesichts der Aufwer-

tung des Geländes durch den Bau des nahe gelegenen Alameda-Corridors (der Verbindung der beiden Häfen mit Downtown L.A.) und mit Blick auf die zu erwirtschaftenden Mieteinnahmen Lagerhallen und Büros errichten wollte – erfolgreich auf die Wiederinbesitznahme. Erst danach wurde der Konflikt im engeren Sinn (re-)politisiert: Es begann eine extensive und recht effektive Kampagne der Farmer gegen die durch den alten und neuen Besitzer verfügte Räumung, an der sich zunächst nur linksradikale und stark antagonistische Gruppen, schließlich aber auch andere Teile dessen beteiligten, was Henrik Lebuhn in Anschluß an Roger Keil ‚insurgent civil society‘ nennt. Immerhin drei Jahre konnte diese buntscheckige Gesellschaft eine Räumung verhindern, letztlich aber setzten sich auch in diesem Fall die Investoreninteressen durch.

Trotz der in beiden Fällen bedauernswerten Bilanz bezieht der Autor nicht nur sehr deutlich Partei, sondern er nimmt auch eine optimistische Perspektive ein: Lebuhn betont die Dichte und Stärke der Proteste und Bewegungen sowie die Bedeutung der Verschiebungen, die diese Bewegungen in der Stadtpolitik der beiden großen Städte bewirkt haben. Auch wenn es zu früh ist, die Resultate der Kämpfe abschließend zu bilanzieren, so kann doch vermutet werden, dass die Niederlagen Erfahrungen vermitteln, aus denen gelernt werden kann. Jedenfalls gilt für die Geschichte der urbanen sozialen Kämpfe in beiden Städten, die Lebuhn kurz, aber sehr eindringlich, fast wie in einem Panoptikum, für die Zeit nach der großen Revolte der 1968er Jahre skizziert, dass sie durchaus Spuren hinterlassen haben. Lebuhn spürt den konkreten ‚Fällen‘ seiner Forschung hinsichtlich des Kontextes, in dem sie sich – auch dies ist angesichts des ephemeren Charakters vieler urbaner sozialer Proteste durchaus bemerkenswert – jeweils etwas drei Jahre lang halten konnten, bis auf die Geschichte der Watts-Riots und der Black Panthers beziehungsweise bis auf die erste Besetzungsbewegung im Westberlin der frühen 1970er Jahre nach. Dabei geht der Autor in seiner vergleichenden Analyse der beiden ‚Fälle‘ äußerst systematisch vor: Er berücksichtigt sowohl die Chronologie der

beiden Kampagnen wie die bereits erwähnten historischen Wurzeln derselben. In beiden Fällen ergänzt er diese Chronologie auch um eine Art ethnographische ‚Nahaufnahme‘, indem er zwei ‚Bewegungssituationen‘ detailliert schildert: die Berliner Hausbesetzung im Rahmen der Großdemonstration vom April 2004 und den Besuch einer Anhörung des L.A. City Council durch AktivistInnen der South Central Gardens im Februar 2004. Die verschiedenen ‚Akteure‘ der Konflikte werden sehr sorgfältig, fast wie in einem Schauspiel, vorgeführt. Außer auf die Initiativen fällt der Blick dabei auf deren vielfältige Bündnispartner, auf die Regierung des Bezirks und des *City District*, die Stadtregierungen und (potentiellen) Investoren, schließlich auch auf die Polizei, deren Rolle als eigenständiger Akteur nicht unterschätzt werden darf. Lebuhn skizziert schließlich die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, in die beide Konflikte eingebettet waren: den Versuch der Berliner Regierungen, an die Global-City-Politik anzuschließen, die in den 1990er Jahren (nicht nur) in den Städten des globalen Nordens zum Maßstab geworden war sowie die ökonomische Situation in L.A., einer Stadt, die geradezu ein Musterbeispiel derselben Politik darstellt.

Als wirksame Grundlage der Konfliktverläufe werden die unterschiedlichen Verortungen der beiden Stadtregierungen im Rahmen dieser Politik dargestellt. Das Resultat der Kämpfe wurde, so Lebuhn, wesentlich durch die Eingriffe bestimmt, die der lokale Staat grundsätzlich und bezogen auf die beiden ‚Fälle‘ unternahm: die South Central Gardens standen dem Ausbau der Verkehrsachse zwischen Downtown und den Häfen im Wege, einer Verkehrsachse, die unmittelbar mit der Funktion der Stadt als einer entscheidenden Drehscheibe des expandierenden globalen Warenverkehrs verknüpft ist. Das Soziale Zentrum konnte unter anderem deshalb nicht durchgesetzt werden, weil die Berliner Stadtregierung auf die Krise der Haushalte der bundesdeutschen Kommunen und Länder, die durch die Steuerpolitik der rot-grünen Regierung seit Anfang des eben vergangenen Jahrzehntes und durch das Platzen der Träu-

me, Berlin zu einem Scharnier des Ost-West-Handels und der damit verbundenen multinationalen Konzerne zu machen, mit einer rigiden Politik der Inwertsetzung städtischer Grundstücke reagierte. Lebuhn vertritt die Auffassung, dass die Konflikte einerseits im Rahmen ‚postfordistischer‘, ‚unternehmerischer‘ Stadtpolitik eine Schlüsselrolle einnahmen, andererseits jedoch nur geringe Chancen auf stadtpolitische Integration bzw. auf eine Durchsetzung der erstrebten Ziele hatten, jedenfalls im Vergleich zu früheren sozialen Protesten. Er betont, ein wichtiges Moment, das sowohl die Dynamik und die Mobilisierung der Projekte als auch ihre Grenzen bestimme, sei auf der Schattenseite der Stadtökonomie zu suchen. Denn gerade der Umstand, dass die (*would-be*) ‚globalen Städte‘ eine Politik betreiben, die nicht auf sozialen Ausgleich und Steuerung im Sinne der historischen ‚Stadtplanung‘ setzt, beförderte in beiden Fällen eine bereits lange vor dem Crash von 2007 / 2008 einsetzende Krise des sozialen Gefüges. Grundlage dieser Krise waren die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die wachsende Polarisierung von Armut und altem wie neuem Reichtum sowie die private (und oft, wie im Berliner Bankenskandal und den Verhandlungen um die Eigentumsrechte am Gelände der South City Gardens erkennbar, auch *korrupte*) Aneignung der umkämpften städtischen *Allmende* (S. 227 ff., S. 249). Der Autor betont in diesem Zusammenhang immer wieder den Umstand, dass zur Zeit der Konflikte sowohl Berlin als auch L.A. von linken bzw. progressiven Parteien regiert wurden, die jedoch nicht willens und (nach eigener Wahrnehmung auch nicht in der Lage) waren, den Forderungen der außerparlamentarischen Initiativen zur Durchsetzung zu verhelfen. Lebuhn betont, dass die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Grundrichtungen der Stadtpolitiken von L.A. und Berlin – der Unterschied zwischen einer asymmetrisch an den Interessen einzelner Investoren ausgerichteten US-amerikanischen Stadtpolitik und der einer ‚europäischen Stadt‘ (Walter Siebel) mit ausgeprägtem Steuerungs- und Verwaltungsapparat – in den Zeiten des ‚neoliberalen Investitionsstaates‘ zwar unterschiedliche symboli-

sche Formen annehmen, sich in ihren praktischen Konsequenzen aber zunehmend angleichen. Jenseits des ökonomischen Kontexts von Globalisierung, Tertiärisierung und Haushaltskrise besteht ein wesentliches Moment dieser Angleichung nach Lebuhn im Verwaltungshandeln als solchem. Das gelte zumindest für die Bundesrepublik: Die Rationalisierung und Ökonomisierung lokalstaatlicher Bürokratien laufe in Zeiten des *New Public Management* auf eine Art Selbstentmachtung hinaus.

So sind die Handlungsspielräume der *parlamentarischen* (aber auch der staatlichen und parastaatlichen) Akteure gering. Großzügig finanzierte Megaprojekte (Opern, Schauspielhäuser, Verwaltungszentralen, Autobahnen, Brücken usw.) widersprechen dem nicht, denn sie säubern und propagieren das Image, das die Städte in der weltweiten Stadt-Konkurrenz benötigen, um Touristen, multinationale Konzerne und die unlängst immer öfter beschworenen ‚Talente‘ anzuziehen (S. 230). In diesem Zusammenhang spitzt Lebuhn sein Fazit sogar auf die Feststellung zu, dass es „keine linke Standortpolitik geben kann“ (mit Ausrufungszeichen, S. 323).

In einem gewissen Widerspruch zu diesem Fazit steht allerdings die Feststellung, der lokale Staat spiele, im Gegensatz zu einseitigen Vorstellungen von ‚Vermarktlichung‘ und ‚Privatisierung‘, nach wie vor die entscheidende Rolle bei der ‚experimentellen‘ Restrukturierung der Stadtgesellschaft: Alle wesentlichen Akteure innerhalb der beschriebenen Konflikte seien „staatlich“ oder „parastaatlich“ (S. 235 ff). Im Berliner Konflikt kamen Investoren – nicht zuletzt aufgrund der Flächenpolitik der rot-roten Landesregierung – nur als ‚potentielle‘ vor, während der Investor in L.A. stets „im Hintergrund geblieben“ sei und die eigentlichen öffentlichen Aushandlungsprozesse zwischen lokalem Staat und antagonistischer Bewegung stattgefunden hätten (S. 235). Lebuhn kritisiert in diesem Zusammenhang die anti-etatistischen Ansätze in der akademisch-linken Staatsdebatte. Dem Ausruf „Space matters!“, mit dem er seinen Text abschließt, wäre insofern hinzuzufügen: „State matters!“

Der Hinweis auf die ‚gelähmten‘ linken Regierungen der beiden Städte sowie auf die Bedeutung des lokalen Staates für die Vermittlung der ‚Glokalisierung‘ scheint mir jedoch problematisch. Die Liste der ‚Voraussetzungen‘ wirkungsvoller urbaner sozialer Bewegungen, die Lebuhn am Ende seines Buches in Anlehnung an den Manuel Castells der frühen 1980er Jahre erstellt (S. 246), erscheint zwar zunächst einmal sinnvoll, bleibt aber merkwürdig entfernt von den realen Möglichkeiten urbaner sozialer Proteste. Aber auch in theoretischer Hinsicht entfernt sich Lebuhn am Ende seines Buches unglücklich weit von der Ethnografie und der ‚Nahaufnahme‘, die er selbst so eindringlich vorgenommen hat: Wo sind die Maulwürfe in diesem Bild, in welcher Weise unterhöheln sie die ‚globale Stadt‘ und was wären die Voraussetzungen dafür, ihre Arbeit einfacher und angenehmer zu gestalten? Auf diese Fragen bietet der (sehr notwendige und verdienstvolle) Blick auf die „Privatisierungspolitik in der unternehmerischen Stadt“ (S. 227) und den „neoliberalen Interventionsstaat“ (S. 235) keine Antwort. Damit aus den Maulwürfen keine diskursiven Kaninchen werden, die vor der unternehmerischen Schlange erstarren, ihre Niederlage womöglich von vornherein einkalkulieren, müssen meines Erachtens die eigenständigen Voraussetzungen lokaler Widersetzlichkeit nicht nur betont, sondern auch systematisch ernst genommen werden.

Peter Birke

Ulrich Heyden / Ute Weinmann, Opposition gegen das System Putin. Herrschaft und Widerstand im modernen Russland, Rotpunktverlag: Zürich 2009. 326 Seiten. 24,00 €

Die im Titel angesprochene Opposition ist keine parlamentarische. Die Journalisten Ulrich Heyden und Ute Weinmann berichten vielmehr von einer „Opposition von unten“, die weniger einen Machtwechsel anstrebt als den „Aufbau einer lebenswerten Gesellschaft, in der die Einmischung in gesellschaftlich relevante Belange kein